

Ergebnisbericht zur Befragung
**„Wie denken Abgeordnete in deutschen
Parlamenten über die Demokratie?“**

20.10.2022

Teil des von der Deutschen Forschungsgesellschaft geförderten Projektes:
“Conceptions of Democracy among Political Elites and Citizens”

Prof. Dr. Claudia Landwehr

Leonard Häfner, M.A.

Lea Stallbaum, M.A.

Johannes Gutenberg-University Mainz

Institut für Politikwissenschaft

Jakob-Welder-Weg 12, 55099 Mainz

demokratie-projekt@uni-mainz.de

Einleitung

Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse einer Befragung zusammen, die Teil des von der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) geförderten Projektes „Conceptions of Democracy among Political Elites and Citizens“ ist. Das Projekt hat das Ziel, Einstellungen zu und Vorstellungen von der Demokratie in Deutschland und den Vereinigten Staaten zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Abgeordneten zu vergleichen. Die diesem Bericht zugrundeliegende Befragung stellt den ersten Teil des Projektes dar, in dem die vorherrschenden Einstellungen der deutschen Abgeordneten auf Länder- und Bundesebene erhoben wurden.

Methodisches Vorgehen und Repräsentativität der Stichprobe

Zur Teilnahme an der Befragung waren alle 2.612 Abgeordneten der Landtage sowie des Bundestages eingeladen. Diese wurden in Mai und Juni 2022 in sieben Wellen zunächst postalisch kontaktiert und in den darauffolgenden Wochen zweimal per E-Mail an die Befragung erinnert.

Die Online-Befragung blieb über die Sommerpause hinweg geöffnet und wurde schließlich am 9. September 2022 geschlossen. Insgesamt sind 532 Abgeordnete unserem Aufruf zur Teilnahme an der Umfrage gefolgt. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 20,4%. 40 Abgeordnete brachen die Befragung bereits während der einleitenden Fragen, insbesondere zur Parteizugehörigkeit, ab. Dies führt schließlich zu einer Stichprobe von 492 Abgeordneten.

Tabelle 1: Fraktionen.

<i>Fraktion</i>	<i>Grundgesamtheit</i>		<i>Stichprobe</i>	
<i>Union</i>	775	29,7%	118	24,0%
<i>SPD</i>	664	25,4%	126	25,6%
<i>Grüne</i>	436	16,7%	92	18,7%
<i>AfD</i>	295	11,3%	58	11,8%
<i>FDP</i>	199	7,6%	42	8,5%
<i>Linke</i>	168	6,4%	41	8,3%
<i>FW</i>	38	1,5%	9	1,8%
<i>Andere</i>	37	1,4%	6	1,2%
<i>Summe</i>	2.612		492	

Mit Blick auf verschiedene soziodemographische und biographische Variablen ist diese Stichprobe repräsentativ für alle deutschen Abgeordneten. Tabelle 1 vergleicht die Fraktionszugehörigkeit aller deutschen Abgeordneten zum Zeitpunkt der Befragung mit den angegebenen Fraktionen der Befragten. Es zeigt sich nur eine leichte Überrepräsentation der kleineren Parteien und eine leichte Unterrepräsentation der Unionsabgeordneten. Da die CSU-Abgeordneten alleine einen zu kleinen Teil der Stichprobe stellen, werden die Unionsabgeordneten auch im Folgenden nur gemeinsam betrachtet.

Von 434 Abgeordneten, die eine Angabe zu ihrem Geschlecht gemacht haben, waren 68,2% männlich. Auch diese Verteilung liegt sehr nah an der Grundgesamtheit aller Abgeordneten, in

der 66,3% männlich sind. Die drei Auswahlmöglichkeiten in der Befragung – männlich, weiblich und divers – werden im Folgenden für analytische Zwecke zu männlich und nicht-männlich zusammengefasst.

Tabelle 2 zeigt den Zeitraum, in dem die Abgeordneten erstmals in das Parlament, dem sie aktuell angehören, gewählt wurden. Hier weicht die Stichprobe etwas stärker von der Grundgesamtheit ab. Die seit 2020 gewählten Abgeordneten sind überrepräsentiert, während die vor 2015 gewählten Kohorten unterrepräsentiert sind.

In Tabelle 3 ist die Altersverteilung der Abgeordneten und der Befragten dargestellt. Auch hier zeigt sich eine Überrepräsentation der zwei jüngsten Kohorten. Dies könnte mit der Überrepräsentation der jüngst gewählten Abgeordneten in der Stichprobe zusammenhängen. Eine systematische Unterrepräsentation der älteren Generationen lässt sich allerdings nicht feststellen.

Schließlich gilt es die Verteilung über die verschiedenen Parlamente zu betrachten. Wie die Rücklaufquoten in Abbildung 1 zeigen, kommt es bei diesem Merkmal zu stärkeren Verschiebungen. Der höchste Rücklauf (38,6%) wurde beim Landtag von Rheinland-Pfalz erzielt. Auch die nächst höheren Rücklaufquoten wurden - mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt - in Bundesländern im näheren Umkreis der JGU erzielt. Aggregiert sind die Rücklaufquoten in West- und Ost-Deutschland dennoch proportional. Wie zu erwarten ergab sich der niedrigste Rücklauf beim Bundestag (12,5%). Der niedrigste Wert unter den Länderparlamenten liegt allerdings nicht maßgeblich höher. Außerdem bleibt anzumerken, dass die Bundestagsabgeordneten dennoch einen bemerkenswerten Anteil der Stichprobe stellen (n=84).

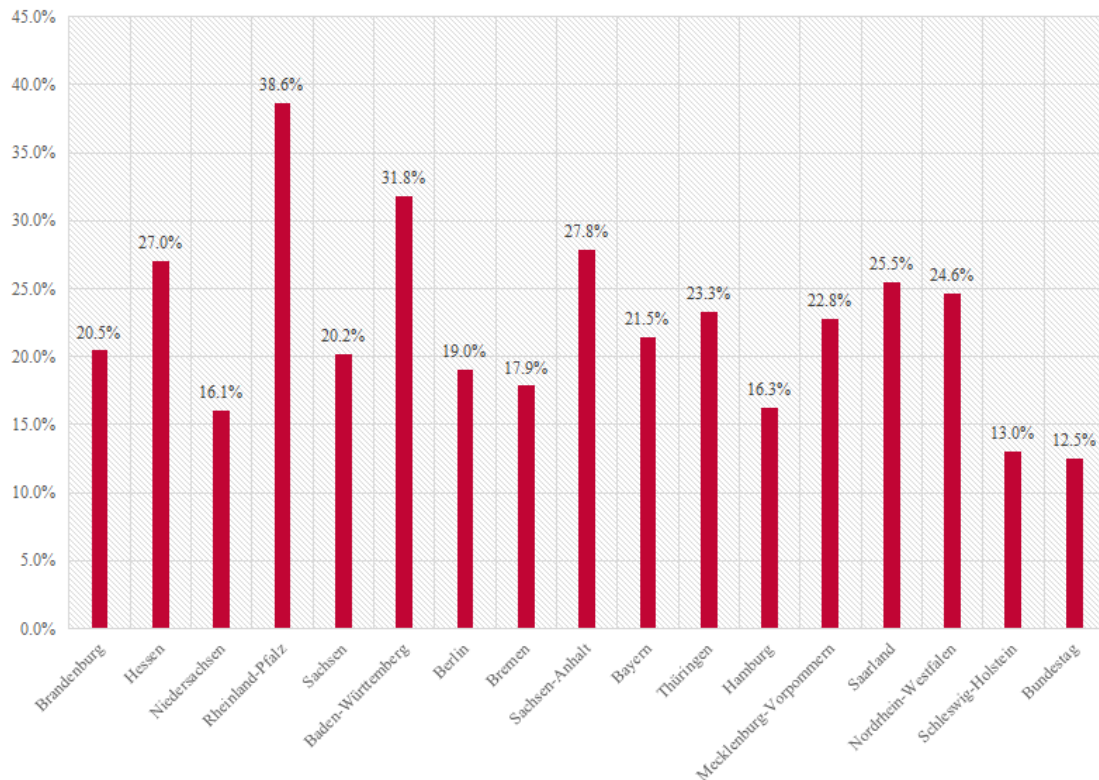
Tabelle 2: Erstmals gewählt...

<i>Jahr</i>	<i>Grundgesamth.</i>		<i>Stichprobe</i>	
<i>Vor 1990</i>	12	0,5%	3	0,6%
<i>1990-1999</i>	114	4,4%	15	3,1%
<i>2000-2009</i>	450	17,2%	58	11,9%
<i>2010-2014</i>	446	17,1%	73	15,0%
<i>2015-2019</i>	848	32,5%	162	33,3%
<i>Seit 2020</i>	742	28,4%	175	36,0%
<i>Summe</i>	2.612		486	

Tabelle 3: Alter.

<i>Alter</i>	<i>Grundgesamth.</i>		<i>Stichprobe</i>	
<i>Bis 30</i>	115	4,4%	24	5,9%
<i>31-40</i>	475	18,2%	78	19,0%
<i>41-50</i>	710	27,2%	98	23,9%
<i>51-60</i>	823	31,5%	135	32,9%
<i>61-70</i>	443	17,0%	70	17,1%
<i>71+</i>	46	1,8%	5	1,2%
<i>Summe</i>	2.612		410	

Abbildung 1: Rücklaufquoten in den 17 befragten Parlamenten.

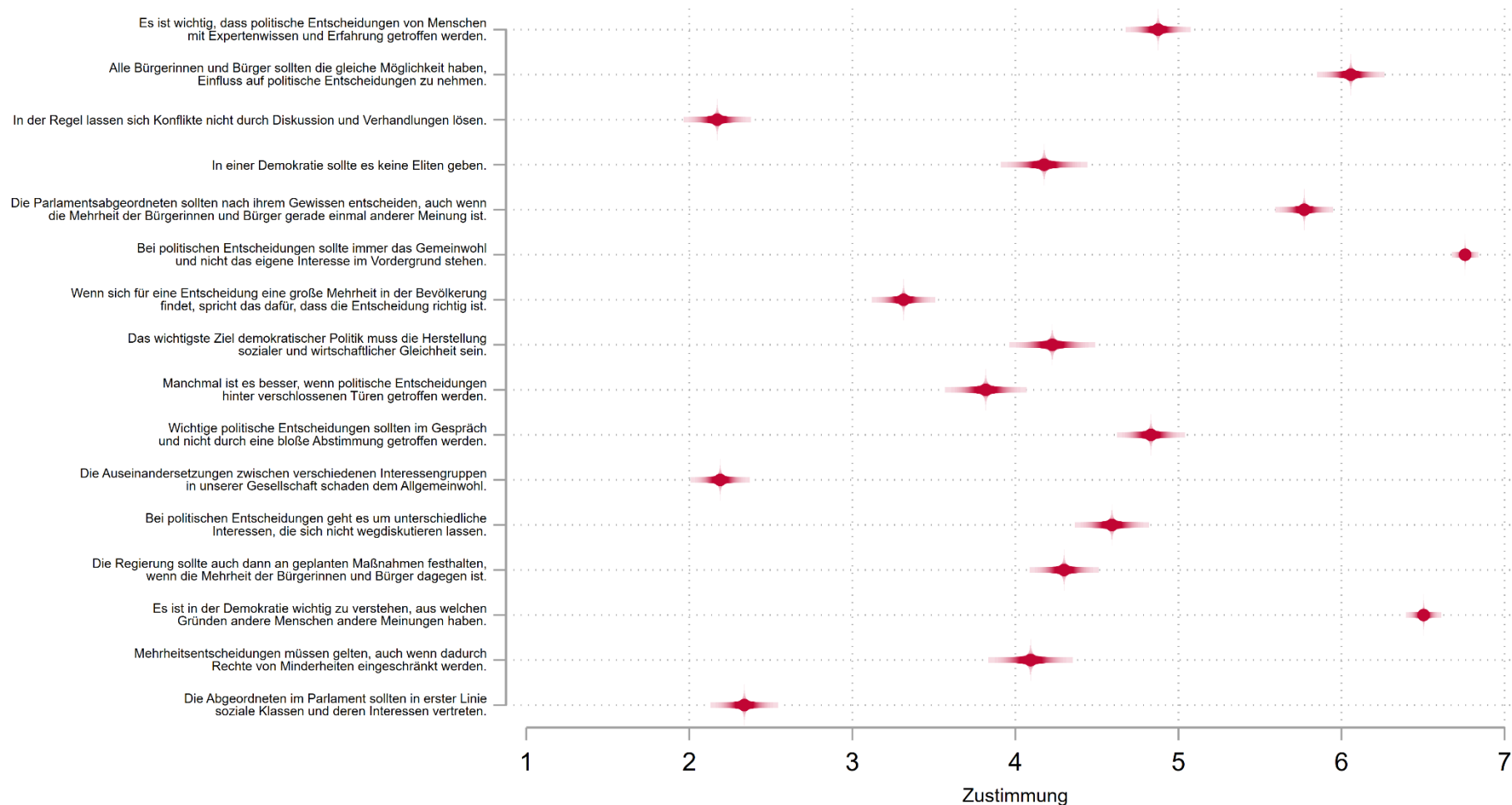


Deskriptive Ergebnisse

Der Kern dieser Umfrage waren 16 Aussagen darüber, was eine Demokratie ausmacht und wie in einer Demokratie Entscheidungen getroffen werden sollten, wobei die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer siebenstufigen Skala ausdrücken sollten. Abbildung 2 bildet die durchschnittliche Zustimmung zu allen 16 Aussagen ab. Dabei zeigen sich sehr deutliche Unterschiede. Am deutlichsten stimmen die Abgeordneten damit überein, dass in politischen Entscheidungen das Gemeinwohl im Vordergrund stehen sollte. Besonders zustimmungsfähig war außerdem, dass es wichtig ist, die Meinungen anderer nachzuvollziehen, und dass allen Bürgerinnen und Bürger gleiche Einflussmöglichkeiten zustehen. Eine beachtliche Zustimmung erreicht des Weiteren die Idee, dass Abgeordnete nach ihrem Gewissen abstimmen sollten, auch wenn dies der Mehrheitsmeinung widerspricht.

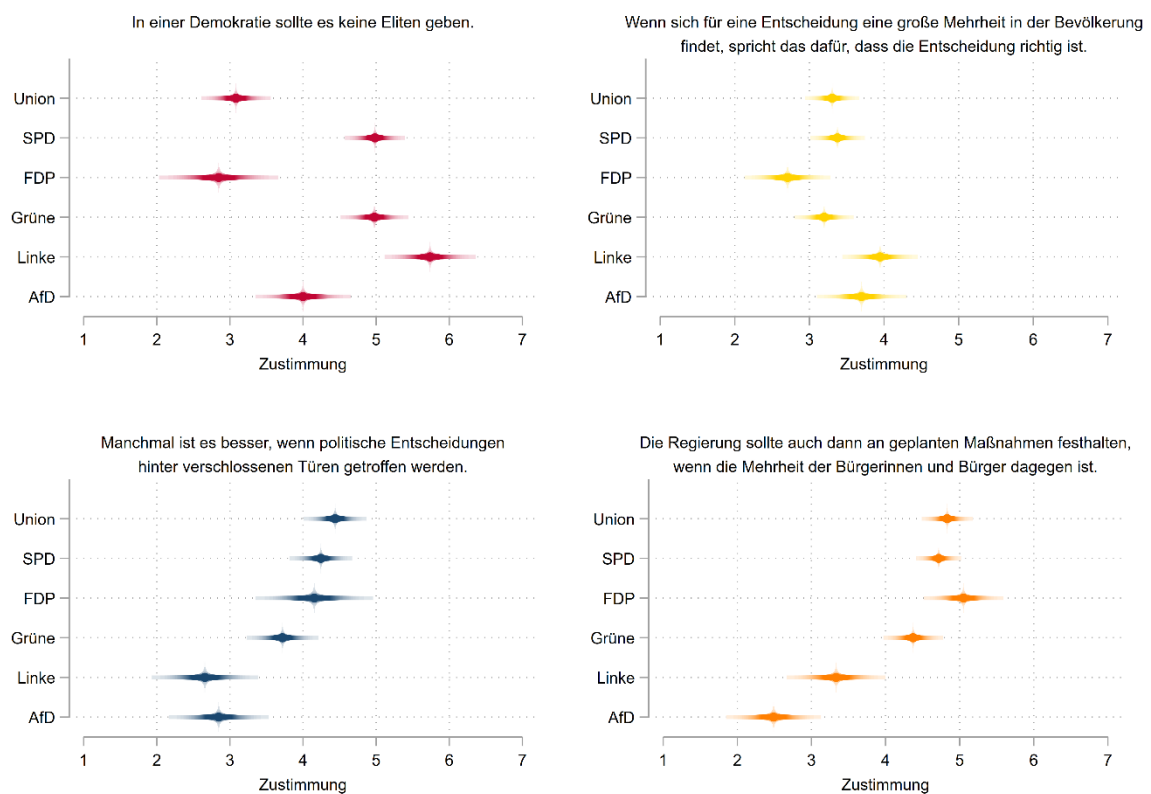
Am anderen Ende der Skala gibt es nur vier Aussagen, die eine durchschnittliche Zustimmung von unter 4 (Mittelkategorie) erreicht haben. Auf wenig Anklang trafen vor allem die drei Aussagen, dass die meisten Konflikte nicht in Diskussionen lösen lassen, dass Interessengruppen dem Gemeinwohl schaden und dass Abgeordnete in erster Linie soziale Klassen repräsentieren sollten. Die übrigen der 16 Aussagen erreichten im Durchschnitt mittlere Zustimmungswerte zwischen 3 und 5.

Abbildung 2: Durchschnittliche Zustimmung zu den 16 *Conceptions of democracy* Aussagen.



In Abbildung 3 sind die durchschnittlichen Zustimmungswerte zu vier beispielhaft ausgewählten Aussagen nach Parteien getrennt aufgeführt. Es zeigen sich deutliche Parteiunterschiede, die allerdings in ihren Mustern variieren. So scheint die Aussage, dass es in Demokratien keine Eliten geben sollte, vor allem bei linken Parteien auf Anklang zu stoßen. Die Zustimmung zu den Aussagen, dass manche Entscheidungen hinter verschlossenen Türen getroffen werden sollten und dass die Regierung auch an unpopulären geplanten Maßnahmen festhalten sollte, scheint hingegen stärker damit zusammenzuhängen, wie etabliert die Parteien im politischen System der Bundesrepublik sind. Umgekehrt verhält sich dies – wenn auch weniger deutlich – bei der Aussage, dass große Mehrheiten in der Bevölkerung in der Regel recht haben. Hier stimmen die Abgeordneten der weniger etablierten Parteien etwas stärker zu.

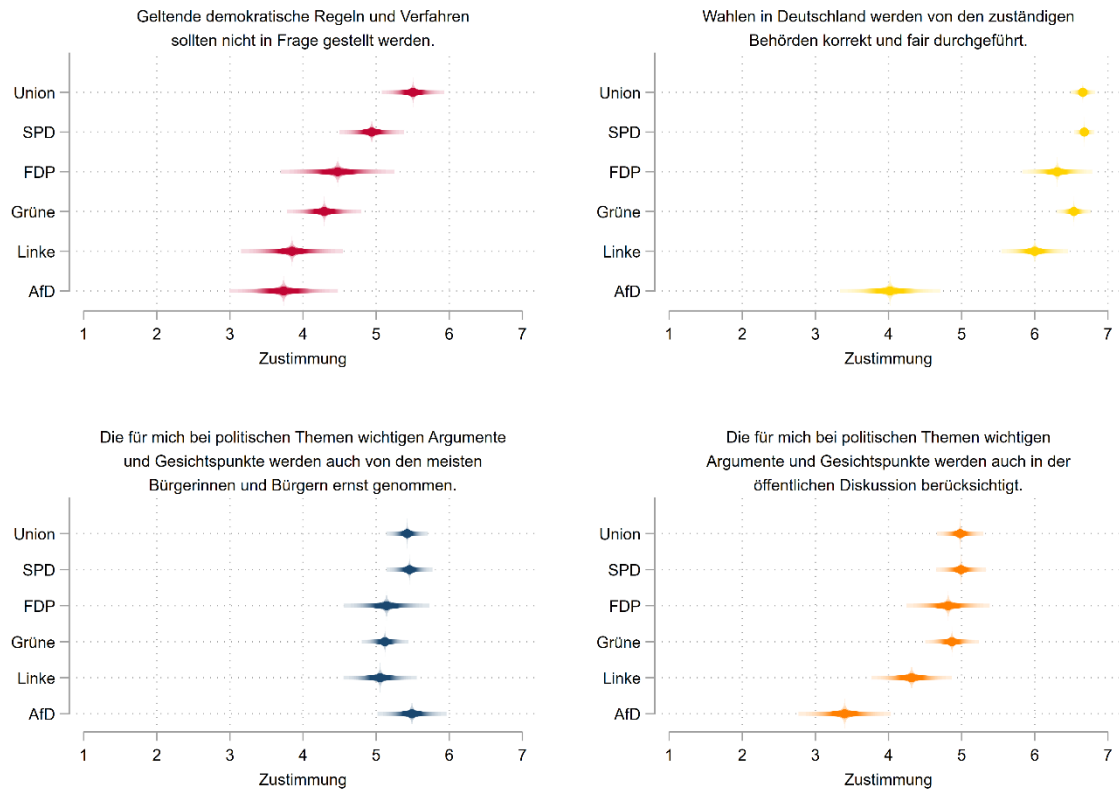
Abbildung 3: Durchschnittliche Zustimmung zu vier Beispielitems nach Parteien.



Neben diesen Aussagen bezüglich der Vorstellungen von Demokratie wurden die Abgeordneten auch zu ihren Bewertungen und Erfahrungen mit der Umsetzung der Demokratie in Deutschland befragt. Abbildung 4 zeigt die durchschnittliche Zustimmung der Abgeordneten nach Parteien zu vier dieser Aussagen. Die meisten Abgeordneten, insbesondere der etablierten Parteien, stimmen tendenziell zu, dass die geltenden demokratischen Regeln nicht in Frage

gestellt werden sollten. Die Integrität der Wahlen in der Bundesrepublik wird von den Abgeordneten fast aller Parteien sehr hoch eingeschätzt, nur bei den Abgeordneten der AfD fällt die Zustimmung hier signifikant niedriger aus.

Abbildung 4: Durchschnittliche Zustimmung zu Aussagen bezüglich des Status quo nach Parteien.



Des Weiteren sollten die Abgeordneten angeben, wie sehr sie sich in ihren Standpunkten und Argumenten von den Bürgerinnen und Bürgern ernst genommen und in der öffentlichen Debatte gehört fühlen. Bezüglich der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger zeigen sich keine deutlichen Parteiunterschiede. Anders sieht dies bei der Wahrnehmung der öffentlichen Debatte aus. Hier haben insbesondere die Abgeordneten der AfD und mitunter auch Abgeordnete der Linken das Gefühl, dass ihre Standpunkte nicht ausreichend berücksichtigt werden. Folglich zeigt sich bei den Abgeordneten der AfD auch die größte Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger einerseits und der öffentlichen Debatte andererseits.

Weiterhin wurden die Abgeordneten gefragt, wie sehr sie darauf vertrauen, dass Abgeordnete anderer Parteien das Richtige für das Land tun. Insgesamt fällt dieses Vertrauen, wie in Tabelle 4 ersichtlich, mittelmäßig aus. Der Mittelwert aller Befragten liegt bei 3,86 und somit sehr nah an der Mitte der Skala. Es zeigen sich allerdings deutliche Parteiunterschiede. Das Vertrauen fällt bei den Abgeordneten der sogenannten Volksparteien und der FDP erheblich

höher als im Gesamtdurchschnitt aus. Bei den Grünen Abgeordneten ist es näher an diesem und liegt somit geringfügig niedriger. Signifikant niedriger ist das Vertrauen in andere Parteien bei den Abgeordneten der Linken und schließlich am niedrigsten bei den Abgeordneten der AfD, von denen kein einziger Befragter die oberen drei Stufen der Skala gewählt hat.

Tabelle 4: Vertrauen darin, dass Abgeordnete anderer Parteien das tun, was für das Land richtig ist (dargestellt nach Parteizugehörigkeit in Prozent).

Vertrauen in andere Parteien	Partei						Gesamt
	Union	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD	
1 So gut wie nie	2,00	0,93	.	1,22	2,63	27,45	4,56
2	5,00	5,56	21,05	3,66	23,68	35,29	11,75
3	20,00	15,74	7,89	31,71	31,58	25,49	21,82
4	30,00	31,48	18,42	30,49	31,58	11,76	27,34
5	26,00	27,78	42,11	29,27	7,89	.	23,74
6	11,00	15,74	10,53	2,44	.	.	8,15
7 So gut wie immer	6,00	2,78	.	1,22	2,63	.	2,64
N	100	108	38	82	38	51	417
Mittelwert	4,30	4,38	4,13	3,95	3,29	2,22	3,86

Außerdem wurden die Abgeordneten um ihre Einschätzung gebeten, ob die eigene Meinung, die Meinung der Wählerinnen und Wähler oder die Meinung der jeweiligen Partei für das Abstimmungsverhalten eines Abgeordneten entscheidend sein sollte, falls diese Standpunkte im Konflikt miteinander stehen. 231 Befragte beantworteten alle drei Gegenüberstellungen so, dass sich eine Rangfolge der drei Meinungen bilden ließ. Die durchschnittlichen Ränge sind aufgeschlüsselt nach Parteien in Tabelle 5 aufgeführt.

Tabelle 5: Durchschnittlicher Rang in den Repräsentationsstil-Fragen.

	Wählende	Selbst	Partei	N
Union	2,29	1,40	2,31	45
SPD	2,69	1,54	1,77	65
FDP	2,68	1,47	1,84	19
Grüne	2,82	1,50	1,68	50
Linke	2,25	2,13	1,63	16
AfD	1,83	1,83	2,33	9
Ges.	2,46	1,58	1,96	231

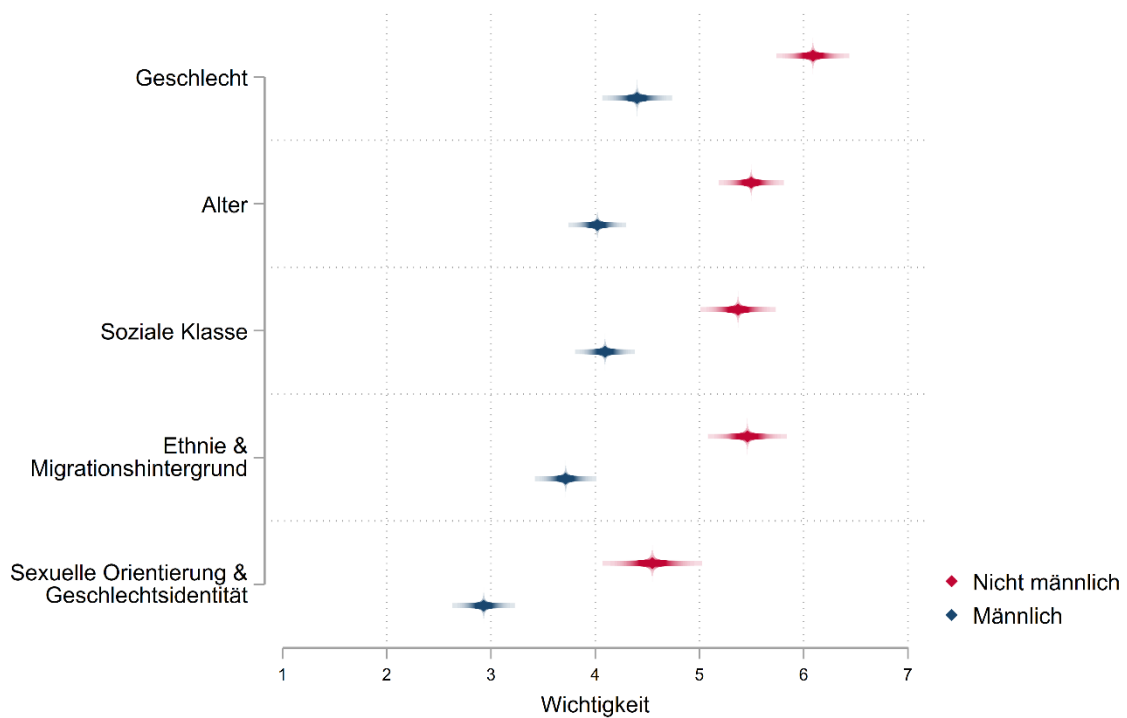
Insgesamt hat die Meinung der Abgeordneten selbst den niedrigsten Durchschnittsrang, d.h. die höchste Priorität, gefolgt von der Parteimeinung und schließlich der Meinung der Wählerinnen und Wähler. Die Abgeordneten von SPD, FDP und Grünen liegen nah an diesem Durchschnitt. Bei den anderen Parteien zeigen sich allerdings Unterschiede.

Die Abgeordneten der Unionsparteien finden ebenfalls überwiegend, dass Abgeordnete ihrer eigenen Meinung folgen sollten. An zweiter Stelle folgt bei ihnen allerdings die Meinung der

Wählerinnen und Wähler, gleichauf mit der Parteimeinung. Bei den Abgeordneten der AfD liegt die Meinung der Wählerinnen und Wähler sogar gleichauf mit der eigenen Meinung der Abgeordneten. Dass bei ihnen aber alle drei Durchschnittsränge relative nah an der 2 sind, zeugt von einer größeren Uneinigkeit der Abgeordneten als bei den anderen Parteien. Die Abgeordneten der Linken sind die einzigen, die im Durchschnitt die Parteimeinung am Entscheidendsten finden.

Zudem wurden die Abgeordneten aufgefordert, die Bedeutsamkeit der deskriptiven Repräsentation von fünf unterprivilegierten Gruppen in den Parlamenten zu bewerten. Neben der Parteizugehörigkeit hat sich bei dieser Frage das Geschlecht der Befragten als maßgeblich für die Antworten gezeigt (Abbildung 5). Für männliche und nicht-männliche Befragte ist die deskriptive Repräsentation von Geschlecht am Wichtigsten. Bei allen fünf abgefragten unterprivilegierten Gruppen geben nicht-männliche Befragte allerdings eine signifikant höhere Bedeutung der deskriptiven Repräsentation an als männliche Befragte für dieselbe Gruppe. Dies ist so deutlich, dass die niedrigste durchschnittliche Wichtigkeit unter nicht-männlichen Befragten in etwa so hoch ausfällt wie die höchste durchschnittliche Wichtigkeit bei männlichen Befragten.

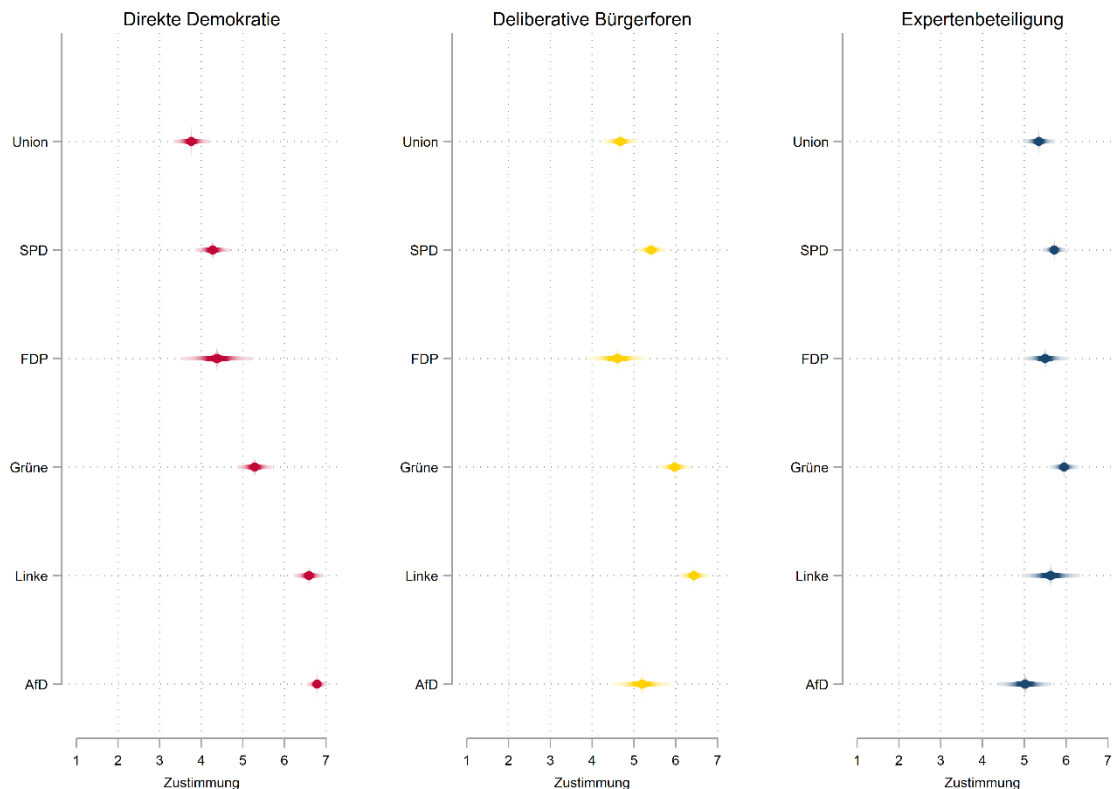
Abbildung 5: Durchschnittliche Relevanz der Repräsentativität der Parlamente nach Merkmalen.



Die Abgeordneten wurden auch nach ihren Präferenzen bezüglich verschiedener prozeduraler Reformansätze gefragt. Dies umfasste die Stärkung der direkten Demokratie durch Referenden, die Einführung deliberativer Bürgerforen sowie die Einbeziehung von Expertinnen und Experten in politische Entscheidungen. In Abbildung 6 sind die Präferenzen der Abgeordneten getrennt nach Parteien dargestellt.

Direkte Demokratie wird vorrangig von den Abgeordneten der weniger etablierten Parteien unterstützt, was die Zustimmungsmuster zu anderen oben diskutierten Aussagen widerspiegelt. Deliberative Bürgerforen werden in erster Linie von den Abgeordneten linker Parteien unterstützt. Hier findet sich im Parteienvergleich ein ähnliches Zustimmungsmuster wie bei der Aussage, dass es in einer Demokratie keine Eliten geben sollte. Die Beteiligung von Expertinnen und Experten wird von allen Parteien ähnlich positiv bewertet.

Abbildung 6: Durchschnittliche Unterstützung für demokratische Reformen nach Partei.



Schließlich wurden die Abgeordneten gebeten, ihre eigenen Haltungen sowie die Haltungen ihrer Partei im zweidimensionalen Politikraum, das heißt auf einer wirtschaftspolitischen und einer kulturellen bzw. gesellschaftspolitischen 11-Stufen-Skala einzuordnen. Für die wirtschaftspolitische Links-Rechts-Skala wurde eine aktive, umverteilende Rolle der Politik (links) einer Politik, die möglichst wenig in die Wirtschaft eingreift (rechts), gegenübergestellt. Für

die gesellschaftspolitische Skala hatten Befragte anhand der Beispiele Abtreibung und gleichgeschlechtliche Ehe die Wahl zwischen einer Politik der persönlichen Freiheiten (liberal) und einer Politik der Ordnung und der traditionellen Werte (konservativ).

Die durchschnittlichen Einordnungen bestätigen weitestgehend das vorherrschende Bild des deutschen Parteiensystems. Die Abgeordneten der Unionsparteien und der AfD positionieren sich selbst und ihre Parteien im Durchschnitt im rechts-konservativen Quadranten, wobei die Union auf beiden Skalen näher an der Mitte ist. Die FDP-Abgeordneten verorten sich und ihre Partei durchschnittlich klar im rechts-liberalen Quadranten. Die Abgeordneten von SPD, Grünen und Linken positionieren sich und ihre Parteien im Durchschnitt alle im links-liberalen Quadranten, allerdings sind auch hier Unterschiede zwischen den Parteien zu beobachten. Die Abgeordneten der Linken verorten sich auf der wirtschaftlichen Skala signifikant weiter links als die übrigen Parteien. Die Abgeordneten der SPD stufen ihre Partei im Durchschnitt als weniger gesellschaftspolitisch liberal ein als die Abgeordneten von FDP, Grünen und Linken. Der größte Unterschied zwischen der durchschnittlichen Selbst- und Parteeinordnung lässt sich bei der AfD beobachten, insgesamt fällt dieser aber bei allen Parteien recht klein aus. Im links-konservativen Quadranten lässt sich deutlich die in der Politikwissenschaft diskutierte Angebotslücke des Parteiensystems erkennen.

Abbildung 7: Durchschnittliche Einordnung der Befragten selbst (dunkel) und ihrer Parteien (hell).

